

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Zwei Schillinghundert und in allen Kassen erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen / Für unsere Frauen / Die Energie

Abonnementspreise monatlich (bei Kasse 2 RM, halbjährlich 10 RM, jährlich 20 RM, ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-2 / Geschäftsstelle u. Expedition: Winterbahnstraße 2 / Fernsprecher: 17259 / Postfachkonto: Dresden Nr. 18690, Dresdner Verlagsgesellschaft
Erscheinung: Dresden-2, Winterbahnstraße 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17259 / Druckanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Erscheinungstermin der Redaktion: Wochentags 4-6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreise: Die neunmal gefaltete Normalzeile oder deren Raum 0,35 RM, für Familienanzeigen 0,20 RM für die Restzeile anhebend an den dreißigsten Teil einer Zeile 1,50 RM
Zweizeilen-Anzeige wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-2, Winterbahnstraße 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Bezahlung besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

4. Jahrgang

Dresden, Freitag den 23. März 1928

Nummer 71

Litwinow antwortet den Imperialisten

Gegen den jämmerlichen Angriff der englischen Vertreter / Der Vorwurf der Sabotage zurückgegeben / Hilfestellung des „Vorwärts“ für die Imperialisten

Die Saboteure in Verlegenheit

In der Sitzung der Abrüstungskommission machten nach einigen bedeutungslosen Reden der italienische und französische Vertreter der Vertreter der englischen Imperialisten, Cushman, einen großen Angriff auf die Sowjetunion.

Cushman führt aus: Er wolle ganz offen fragen, mit welchen Absichten die Sowjetdelegation nach Genf gekommen sei.

Die Sowjetregierung habe den Völkerbund bisher, auch durch Litwinows Rede, stets lüderlich gemacht. Die Sowjetregierung wolle den Völkerbund entlassen und keine Arbeit leisten. Der Völkerbund sei im ganzen (1) sowjetrussischen Projekt überhaupt nicht erwähnt worden, was sehr unhöflich (2) sei. Was für einen Frieden wolle die Sowjetunion? Wolle sie auch den Bürgerkrieg auf der Basis des Sowjetentwurfs abschaffen, wolle sie auf ihre bisherige Politik, in allen Ländern Fußfeste zu propagieren, verzichten? Cushman fragt, ob der Sowjetentwurf mit dem Völkerbundvertrag vereinbar sei. Man müsse diese Frage und den Sowjetentwurf den Regierungen zur Prüfung unterbreiten, und dies dauere mindestens sechs Monate (3).

Nach dieser Rede, die die Wirkung der Rede Litwinows schwächen sollte, betonte der Vertreter Japans, die vollständige Abrüstung sei in den Satzungen des Völkerbundes nicht vorgesehen. Eine vollständige Ablehnung der Vor schläge der Sowjetunion wogte keiner. Jedoch hat der Angriff Cushmans den übrigen Vertretern den Mut gegeben, in der Sitzung vom 21. März die Vorschläge der Sowjetunion abzulehnen. Sie erklärten, der Vorschlag Russlands sei unvereinbar mit den Satzungen des Völkerbundes.

In der Sitzung vom 22. d. M. antwortete Litwinow auf das Gefühl der sich demontrierenden Gegner der Abrüstung und des Friedens.

Litwinow erklärt, er begrüße es, daß sich 19 Delegationen dem Vorschlag geäußert hätten. Besonders dankbar sei er dem britischen Vertreter, der den Bereich der Diskussion erweitert und Fragen von größter Wichtigkeit vorgebracht habe. Er wolle rückhaltlos reden, ebenso wie es der britische Vertreter getan habe, und auch auf Fragen eingehen, die nicht zur Sache gehören. Lord Cushman habe nach den Motiven gefragt, welche die Sowjetregierung veranlaßt hätten, mit solcher dramatischer Plötzlichkeit hier zu erscheinen. Er habe auch gefragt, warum sie bisher die Abrüstungsarbeiten „sabotiert“ habe. Hierauf könne er mit der Gegenfrage erwidern, ob die britische Regierung ihre Delegation aus reinem Friedensinteresse hierher geschickt und

was sie bisher für die Abrüstung getan habe?

Die britische Regierung und die übrigen Regierungen hätten bisher nichts getan, um die hier gestellte Frage zu lösen. Sie hätten es unmöglich gemacht, daß jetzt die zweite Lesung des Entwurfs beginnen könne. Vielleicht könne man auch dies als Sabotage bezeichnen. Die Sowjetregierung sei immer an Friedensproblemen und an der Verhütung des Krieges interessiert gewesen.

Sie sei die erste unter den freileitenden Regierungen gewesen, die die Teilnahme am Kriege eingestuft und an alle übrigen Regierungen appelliert habe, diesem Beispiel zu folgen.

Schon im Jahre 1922 habe sie auf der Konferenz von Genoa vorgeschlagen, die allgemeine Abrüstung zuerst zu behandeln. Dieser Vorschlag sei aber nicht angenommen worden. Während ihres zehnjährigen Bestehens habe die Sowjetregierung

keinen Staat angegriffen, keinen Krieg geführt und an keinem Kriege teilgenommen.

Die Tatsache, daß sie ohne jede Verpflichtung gegenüber dem Völkerbund zur Mitarbeit an der Abrüstungsfrage erschienen sei, beweise ihre Aufrichtigkeit. Dafür, daß sie an den ersten drei Kommissionstagen nicht teilgenommen habe, trage die Sowjetregierung die Verantwortung. Seitdem die Sowjetregierung an den Arbeiten teilnehme, habe sie die Härte Initiative gezeigt und ihr mögliches getan um die Abrüstungsarbeiten zu beschleunigen. Bei der Entsendung ihrer Delegation sei sie nur von dem Beweggrund geleitet gewesen,

die Völker von der Last des Militarismus und des Krieges zu befreien.

Für Haltung der Sowjetregierung gegenüber dem Völkerbund erklärte Litwinow, sie habe niemals aus ihrer Zusage gegenüber dem Völkerbund einen Hauch gemacht. Sie werde sich

auch bei ihrer Teilnahme an der Abrüstungskonferenz nur denjenigen Verpflichtungen unterwerfen, die sie gemeinsam mit anderen Nationen unterzeichnet habe.

Litwinow verwies dann auf die Haltung der Vereinigten Staaten, die bei der dritten Kommissionssitzung erklärt hätten, sie könnten die Rechtsprechung des Völkerbundes nicht annehmen, da sie ihm nicht angehörten.

Der derzeitigen britischen Politik würde der Beitritt Sowjetrußlands zum Völkerbund wahrscheinlich gar nicht erwünscht sein.

Die Sowjetregierung denke aber auch nicht daran, ihm beizutreten. Auf den Hinweis von Lord Cushman, daß das russische Regierungsoffizium, die Zensur, sich höflich über die Erfolglosigkeit der Abrüstungspläne des Völkerbundes geäußert habe, wies der Sowjetdelegierte darauf hin, daß ein Pariser

konservatives Blatt noch viel härter gewesen sei, indem es schrieb:

„Die im Völkerbund gegen den Krieg gehaltenen Reden sind nicht wirksamer als Hegergeplänke.“

Litwinow führte weiter aus, da der Völkerbund gegründet sei, um den allgemeinen Frieden zu sichern, dürften gewisse Bestimmungen, die ein militärisches Vorgehen zulassen, kein Demnis für eine allgemeine Abrüstung bilden. Der Völkerbund sei ein unveränderliches Gesetz, und der Völkerbund selbst habe bereits gewisse Veränderungen ins Auge gefaßt. Man müsse bereit sein, bestimmte Artikel des Statuts auf dem Altar des Friedens zu opfern. Man erhebe den Vorwurf, daß der russische Vorschlag keine Bestimmungen über Sicherheit, Befestigung von Konflikten usw. enthalte. Aber man habe ja kein unvorlesbares Verbot vorschlagen wollen. „Sie würden“, erklärte Litwinow, „ein solches auch nicht logisch angenommen haben.“ Man wolle vor allem das

Unheil des Krieges beseitigen. Es werde behauptet, bei völliger Abrüstung würden sich industriell stark entwickelte Länder leichter bewaffnen und große

Sakalen des englischen Imperialismus

Die SPD gegen die Abrüstung — Goldbarisch mit Cushman

Der Vorwärts, das Zentralorgan der SPD, bringt in seinem Bericht über die Rede des Vertreters der englischen konservativen Regierung auch nicht eine Silbe der Kritik an der Haltung der imperialistischen Mächte gegen den Abrüstungsvorschlag der Sowjetunion an. Im Gegenteil.

Das Stamper-Blatt goldbarisiert sich reißend mit der zwischenzeitlichen Politik des englischen Imperialismus.

Daß man nichts von Empörung über die schamlose Selbstenttarnung der Imperialisten durch ihren Kampf gegen die Abrüstung, kein Groß und breit überschreibt der Vorwärts seinen Bericht: „Britischer Spott in Genf. Der russische Vorschlag in Lord Cushmans Verleumdung.“ Und dann werden die propagandistischen Erklärungen des Lords von dem Zentralorgan der SPD mit Zusätzen wie „leht bedeutsam“ und „leht wichtig“ kommentiert. Die alberne Frage der Engländer, ob Sowjetrußland nur die Abrüstung in den imperialistischen Heeren wolle, dagegen für den Bürgerkrieg sei, nennt das Blatt des „Sozialisten“ Stamper „eine für Rußland peinliche Frage“. Der

Höhepunkt aber ist es, wenn der Vorwärts dem Vertreter der deutschen Bürgerblockregierung zum Vorwurf macht, er sei nicht so demagogisch gegen den russischen Abrüstungsvorschlag aufgetreten wie der Engländer; er habe dies „verkümmert“. Der Vorwärts schreibt nämlich über Cushman:

„Er tat das, was der deutsche Vertreter leider verkümmert hat: er wies auf die unauflösbar propagandistischen und völkerbundesfeindlichen Bestandteile des russischen Entwurfs hin. Der russische Entwurf wolle nicht nur die Heere aus der Welt schaffen, sondern auch den Völkerbund (!). Denn die Ratifikation soll ja in fünf Hauptstädten der Welt erledigt werden, aber nicht in Genf.“

Das Stamper-Blatt gibt also der deutschen Bürgerblockregierung gute Ratschläge, wie sie nach dem Muster des englischen Imperialismus besser gegen die Abrüstung aufspielen könne, als das bisher geschehen ist. Stamper und der sozialdemokratische Parteivorstand haben mit dieser neuesten Leistung des SPD-Zentralorgans zum ersten Chamberlains in der Tat einen Rekord der Schamlosigkeit zuwege gebracht.

Die Eisenbahner fordern den Kampf!

Die Dresdner Eisenbahner lehnen den Schiedspruch ab und verlangen den Streik

Was allen Teilen des Reiches wird gemeldet, daß der Schiedspruch für die Eisenbahner unter der Arbeiterschaft eine ungeheure Empörung hervorgerufen hat. Der Schiedspruch enthält in der Arbeitszeitfrage keinerlei Zugeständnis. Was der Schiedspruch für die Arbeiter bringt, das sind einige lumpige Pfennige Lohnzulage, die als prozentuale Zulage die Differenzierung unter der Kollegenchaft nach erheblich veränderten Die unteren Lohngruppen werden ganze 2 Pf. Lohnzulage erhalten. Jetzt droht auch noch die Verbindlichkeitsklärung dieses Hungerchiedspruchs.

Wollen die Eisenbahner die Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches verhindern, dann muß sofort der Kampf gegen das Schiedsgericht auf der ganzen Linie aufgenommen werden. Der Streik muß sofort den Streik der Eisenbahner proklamieren. Die Arbeiter stehen bereit. Am Mittwoch hat eine etwa von 1800 Eisenbahnern besetzte Versammlung im Reichspalast in der nachstehend abgedruckten Entschlieung ihren Willen zum sofortigen Kampf zum Ausdruck gebracht. Die Entschlieung hat folgenden Wortlaut:

„Die am 21. März im Reichspalast in Dresden in einer Zahl von 1800 versammelten Eisenbahner nehmen Kenntnis von dem Inhalt des gefällten Schiedspruches. Sie lehnen diesen Schiedspruch als völlig unzureichend ab. Er trägt den berechtigten Wünschen der Bediensteten, insbesondere den großen Massen in den unteren Lohngruppen, in keiner Weise Rechnung. Auf Umwegen ist es der Reichsbahnverwaltung hierdurch möglich gemacht, ihre Arbeiter weiterhin unzulänglich zu entlohnen und Kienprojekte einzuleiten. Die Geschäftsleute der Eisenbahn ist gut. Dank der außerordentlichen Flexibilität des Personals sind die zu zahlenden Reparaturkosten und die resultierenden enormen sonstigen Gewinne jahrelang aufgebracht und völlig getragen worden. Jetzt ist das Maß voll. Es ist den Arbeitern nicht mehr möglich, ihren Familien das notwendige Brot zu geben.“

Die Versammelten fordern deshalb ihre Organisationsleitung auf, den Spruch abzulehnen, seine Verbindlich-

keitserklärung zu verhindern und das freie Spiel der Kräfte walten zu lassen.

Kampf und nochmals Kampf ist das Gebot der Stunde.“

So wie hier in Dresden, so haben auch in anderen Orten die Eisenbahner in ähnlichen Entschlieungen dem Einheitsverband ihre Kampfbereitschaft erklärt und den Schiedspruch abgelehnt. In Oppeln sind die Funktionäre bereits einen Schritt weiter gegangen. Sie haben die erste Kampfmaßnahme ergriffen und haben ein Streikkomitee gewählt. Das aber genügt noch nicht. Der Kampf muß sofort eröffnet werden. Die Verbindlichkeitsklärung muß verhindert werden. Das ist auch die Forderung der Dresdner Eisenbahner. Der Hauptvorstand des EDB muß gezwungen werden, dem Verlangen der Eisenbahner sofort Rechnung zu tragen.

Was aber tut die Leitung des Einheitsverbandes? Kaum hatten die Oppelner Funktionäre ihren Beschluß gefaßt, da richtete der oberste Funktionäre des Einheitsverbandes, Fleckmann, ein Rundschreiben an alle Funktionäre des Bezirks, in welchem er davor warnt, dem Beispiel der Oppelner Kollegen zu folgen, da man, wie er schreibt, so den Gegner, also die Hauptverwaltung, „aufmerksam macht, was man vorhat, und sie entsprechende Abwehrmaßnahmen treffen könnte“. In Wirklichkeit trifft die Hauptverwaltung jedoch für alle Fälle Vorbereitungen. Es ist auch wirklich die höchste Zeit, daß die Eisenbahner ihre Kampfparabereitungen treffen.

Die Haltung der Führung des Einheitsverbandes zu dem Beschluß der Oppelner Funktionäre liegt in verletzlicher Linie wie die Haltung der Königsberger Spottungsmaschinen! Der Kampf ist der einzige Ausweg, um eine schwere Katastrophe zu mildern.

Die Eisenbahner müssen daher gegen diese Sabotage der Reformierten den Kampf erwidern. Folgt überall dem Beispiel der Oppelner Eisenbahnerfunktionäre! Fordert Rückgängigmachung der Königsberger Spottungsmaschinen! Der Kampf ist der einzige Ausweg, um eine schwere Katastrophe zu mildern.